

Ursula Lietz: Die Radarstrahlenproblematik muss endlich gelöst werden Stellungnahme der CDU-Bundestagsabgeordneten

von Ursula Lietz (MdB, CDU)

Am 29. Juni 2005 wurde in der voraussichtlich letzten Sitzung des Verteidigungsausschusses vor der geplanten Auflösung des Bundestages und vorgezogenen Neuwahlen unter Tagesordnungspunkt 4 "Beratung des Abschlussberichts des Bundesministeriums der Verteidigung zur Radarstrahlenproblematik" der gegenwärtige Stand der nun schon fast fünf Jahre alten Thematik erörtert.

Ein zwölfseitiger "Abschlussbericht zu den Versorgungsverfahren wegen möglicher Gesundheitsschäden durch Radarstrahlung" ist dabei alles, was das BMVg nach schier end- und leider über weite Strecken auch fruchtlosen Diskussionen vorgelegt hat. Trotz der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung des Sonderbeauftragten "Radar" des BMVg, Herrn Gerald Hammes, und des Vorsitzenden des Bundes zur Unterstützung Radargeschädigter e.V., Herrn Peter Rasch, konnte aufgrund des ungenügenden Entgegenkommens des BMVg kein Einvernehmen erzielt werden. Die von mir zusätzlich angeforderte und von dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg, Herrn Walter Kolbow, zugesagte Stellungnahme des Vorsitzenden der ehemaligen Radarexpertenkommission und Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Herrn Wolfram König, fehlte völlig.



Herrn Hammes spreche ich meinen aufrichtigen Dank aus, denn er hat als einziger Vertreter des BMVg, nachdem er das Amt des Sonderbeauftragten "Radar" im Jahr 2005 übernahm, wirkliches Engagement gezeigt und war mit dem Herzen bei der Sache – eine Tatsache, die ich bei Herrn Kolbow, sowie den vorherigen Sonderbeauftragten "Radar", Herrn Birkenheier und Herrn Görlich, nicht erkennen konnte.

2001 hat der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping für die Radargeschädigten eine "möglichst streitfreie und großherzige Regelung" angekündigt – umgesetzt worden ist davon nichts. Streitfrei ist nichts vonstatten gegangen, so dass die Betroffenen nunmehr den Klageweg über die ordentlichen Gerichte beschreiten müssen, und die angekündigte Großherzigkeit ist durch Kleinmütigkeit beim BMVg konterkariert worden. Für eine gütliche Einigung fehlte von Anfang an seitens des BMVg der gute Wille. Stattdessen hat man viele Antragsteller als Trittbrettfahrer behandelt. Bei den weitaus meisten war dieser Vorwurf allerdings nicht berechtigt und muss wie ein Schlag ins Gesicht gewirkt haben.

Am 2. Juli 2003 hat die Expertenkommission unter Vorsitz von Herrn König einen Bericht vorgelegt, der als

Grundlage zur Entschädigung der Betroffenen von allen Parteien im Verteidigungsausschuss anerkannt wurde. Allerdings hat das BMVg dieses Gutachten bis heute systematisch unterlaufen, indem immer neue Bedingungen zur Grundlage für die Anerkennung von Wehrdienstbeschädigtenanträgen gemacht wurden. Ein weiteres Gutachten zur Problematik der Hochfrequenzstrahlung (HF) wurde von Herrn König gefordert, von Herrn Kolbow jedoch niemals umgesetzt. Dadurch muss bis heute für die Betroffenen der Verdacht einer gezielten Desinformationspolitik entstehen, der sich in ständig wechselnden Zahlen manifestiert, was die Anzahl der Antragsteller, der Anerkennungen und Ablehnungen betrifft. Außerdem stimmen die vom BMVg vorgelegten Zahlen nicht mit denen des Bundes zur Unterstützung Radargeschädigter überein, was selbst in mehrfachen Berichterstattergesprächen im Kreise der beteiligten Fachpolitiker Verwirrung hervorrief.

Die Radarstrahlenproblematik wird die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen und dann hoffentlich im Einvernehmen mit allen beteiligten Parteien gelöst werden. Zu wünschen wäre es, denn die Betroffenen warten nun schon fast seit einem halben Jahrzehnt auf ein Zeichen des Entgegenkommens. Ein solches könnte in einer Stiftungslösung liegen, die ich schon vor Jahren vorgeschlagen habe. Dabei sollte eine Bundesstiftung gegründet und mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die notwendig sind, um die Ansprüche der Geschädigten abzugelten. Denn eines müssen wir uns immer vergegenwärtigen: Die Soldaten, die jahre- und jahrzehntelang Dienst für unser Vaterland geleistet haben und dabei erkrankt sind, haben nicht mehr viel Zeit; wöchentlich sterben Betroffene. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, aber verständlich, wenn Herr Rasch, der Vorsitzende des Radarbundes, bekundet, er sei maßlos über seine Dummheit enttäuscht, den falschen Personen zum Schaden der Mitglieder des Bundes zur Unterstützung Radargeschädigter zu lange vertraut zu haben. Dies werde ihm für die anstehenden Prozesse eine Lehre sein.

Was mich betrifft, so war ich als Berichterstatterin "Radar" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stets an einer gütlichen Lösung interessiert, die die Interessen beider Seiten unter besonderer Berücksichtigung der besonderen Situation der Betroffenen zum Ausgleich bringt. Das Verhalten des BMVg hat mich den Betroffenen näher gebracht und immer mehr Verständnis für ihre Sichtweise geweckt. Eine gütliche Lösung letzten Endes herbeizuführen, wird Auftrag und Verpflichtung für alle Beteiligten in der Zukunft sein.

Stand: 1. August 2005